

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 8.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Einzelgenpreis: Die begehrteste Seite 1,80 Mk. von auswärts 2,40 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bes. Tarif, die 3-spaltige Reklameseite 6.— Mk. von auswärts 7,20 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945 Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 290

Dienstag, den 13. Dezember 1921

12. Jahrgang

Enthüllte Kapp-Komödianten.

Die Verhandlungen gegen Jagow, Wangenheim und Schiele begannen gestern mit der Vernehmung eines Mitgliedes des Bundes der Nationalen, des sächsischen Oberfinanzrates Wang. Er war schon im Januar 1920 von Kapp aufgefordert worden, in eine neue Regierung einzutreten, z. B. in eine Regierung Koste. Er habe es entkräftet abgelehnt, sich an einen Tisch zu setzen mit jener Weisheitsrichtung, der wir „unser Unheil verdanken“. Auf eine weitere Frage, ob er bereit sein würde, in eine nationale Regierung einzutreten, habe er seine Zustimmung gegeben, falls „kein Besserer“ da sein würde als er. Am 11. März kam Wang nach seiner Auslage aus Dresden zurück und fand zu seiner Überraschung in seinem Bureau Kapp vor, den er schon verhaftet glaubte. Kapp versicherte, daß im Laufe der Nacht die ganze öffentliche Gewalt auf Wittwits und Kapp übergehen würde, da die ganze Reichsmehr hinter Wittwits stände. Daran habe er, Wang, geglaubt und sich auf die Frage Kapps bereit erklärt, das Reichsfinanzministerium zu übernehmen.

Am 13. März war er morgens um 6 Uhr am Brandenburger Tor, wo er nach Kapps Mitteilung die übrigen Herren treffen sollte, die für die Regierungsbildung in Betracht kämen. In der Reichskanzlei habe er allerdings Zustände angetroffen, die die schwerste Enttäuschung für ihn boten. Das war keine Regierung, sondern eine Schwabende. Er habe sogar gesagt: „Am Gottes Willen, das ist ja die reine Judenschule.“ Er, Wang, erklärt, daß nach seiner Meinung die erste Handlung am 13. März die Beseitigung der Verfassung von Weimar hätte sein müssen. Da Kapp die Beseitigung nicht wollte, habe Wang seinen Rücktritt von dem Unternehmen angekündigt. Darauf sei er am 14. März abends durch einen Offizier zwanagsweise in die Reichskanzlei geholt worden, wo ihm erst von Pabst und dann von Oberst Bauer, schließlich auch von Kapp selbst in Gegenwart einer großen Zahl von Herren zugeredet wurde, doch wieder in die Regierung einzutreten. Er habe die bestimmte Frage gestellt, ob keine Juden und keine Sozialdemokraten in der Regierung sein würden. Er habe Ablehnung erwartet, aber Kapp habe auf seine Frage zustimmend geantwortet. Darauf habe Schiele Kapp zugerufen: „Wie können Sie das versichern, wo Sie doch ganz genau wissen, daß Sie schon morgen Sozialdemokraten heranziehen müssen, schon wegen der Lage im Ruhrrevier.“

Der Vorlesende hält dem Zeugen vor, daß er bei einer früheren Vernehmung sich drastischer ausgedrückt und Kapp als Antwort gesagt haben will: Herr Kapp, Sie haben mich also belogen. Zeuge will es nicht so schroff gesagt haben. Aber Kapp habe sich wegen der ganzen Vorgänge mit den Worten entschuldigt: Daran ist nur Wittwits schuld. Er ist mir ja mit seinem blödsinnigen Ultimatum über den Hals gekommen.

Es wird sodann General v. Sülzen vernommen, der damals Kommandeur von Potsdam war. Sülzen berichtet von einer Unterredung, die er am 11. März abends mit Wittwits hatte. Dieser sagte ihm, daß er gewisse Forderungen an die Regierung habe und diese eventuell mit Gewalt durchzusetzen gewillt sei. Das Unternehmen sei in allen Einzelheiten vorbereitet.

Reichsjustizminister a. D. Schiffer sagt als Zeuge aus: Morgens ging ich in die Reichskanzlei zu Kapp, bei dem Jagow, Falkenhause und andere sich befanden. Kapp fragte mich, ob ich die Konsequenzen aus den Ereignissen ziehen wollte. Ich erklärte, er habe kein Recht zu seinem Vorgehen. v. Jagow mischte sich ein und sagte mit einer mißachtenden Handbewegung: Wie kann man nach den Novembertagen in diesem Hause von Recht sprechen? Schiffer wehrte sich gegen die Unterstellung, als ob er ein Amnestieversprechen im Namen der abweisenden Regierung gegeben habe.

Staatssekretär a. D. Frhr. v. Falkenhause, vorläufig unvereidigt, sagt aus: Zu dem engeren Kreise der Regierung Kapp, wenn etwas Wichtiges verhandelt wurde, gehörten die drei Angeklagten und neben andern auch ich.

Wachstumsminister v. Emden gibt an, daß er und zwei andere Offiziere sich am 13. März

beweigert haben, den Marsch der Ehrhardt-Brigade mitzumachen. Die drei wurden sofort des Dienstes entlassen, aber ein strafgerichtliches Verfahren wurde nicht gegen sie eingeleitet. Ein Offizier suchte die drei anzukommen, indem er ihnen erklärte, sie seien nicht richtig auf die Verfassung vereidigt. Unter den Mannschaften war der geplante Putsch ein offenes Geheimnis. Die Weiterverhandlung wird auf Dienstag vertagt.

Polens Finanznöte.

Die Weisgesvorlage des Finanzministers Michalski über die Vermögensabgabe beschäftigte den Sejm in seinen letzten Sitzungen. Sie sieht mangels ausreichender wirtschaftlicher Unterlagen eine Notbehelfsveranlagung vor, die nach den Teilergebnissen des Reiches abgestuft ist. Die Abgabe beträgt beispielsweise für die Land- und Hausbesitzer ein mehrhundert- bis 4200faches der Grundsteuer. Der oppositionelle Sejmklub, namentlich die bäuerliche Witos-Partei, ist gegen die Vermögensabgabe. Die Sozialisten verlangen Besteuerung der Bargeldkonten, welche von dem Finanzminister Michalski mit der Begründung abgelehnt wird, daß sie einen abermaligen Anstieg der politischen Mark hervorgerufen würde. Die unfruchtlich erhoffte Deckung des Defizits durch den Steuerertrag ist schließlich geworden, da davon nur 50 Milliarden erwartet werden, während das Defizit 150 Milliarden beträgt. Michalski bringt deshalb außer weiteren Steuerprojekten eine Vorlage ein über weitere Anleihen bei der Landesbank, sowie die Bewilligung neuer Emissionen von Banknoten und Schatzscheinen für 70 und 80 Milliarden.

Ein Pilsudski-Standal im polnischen Sejm.

Die Finanzdebatte im Sejm gab dem nationaldemokratischen Abgeordneten Dyon und dem Vertreter der Christlichen Arbeiterpartei Swida einen unerwarteten Anlaß zu noch nicht dagewesenen Ausfällen gegen den Staatschef Pilsudski. „Uniere höchste Stelle, sagte Swida, umgibt ein Nebel des Egoismus und Größenwahns. Dieser Mann läßt sich bei Lebzeiten Denkmäler errichten, so in Przemysl, wo er auf den Rumpf des ehemaligen Franz-Joseph-Denkmal seinen eigenen Kopf setzen ließ, ein anderes in Wlaskawa, ein drittes in Kielece, wobei dem Kielecer Bischof Pilsudski die Fenstersteine eingeschlagen wurden. Man muß ihm sagen: Herr, Sie leiden an Größenwahn, Sie werden mit progressiver Paralyse enden, fahren Sie an den Genfer See, dort sitzen 22 gekrönte Häupter, Sie werden das 23. ungekrönte sein!“ Auf einen Zwischenruf über den Zusammenhang dieser Ausfälle mit der Vermögensabgabe antwortete Swida, es sei ungewiß, wozu die Abgabe verwandt werden würde. Die Ausfälle Swidas riefen die Empörung der Pilsudskisten hervor. Von Belvedere, der Residenz Pilsudskis, wurde sofort ein Stenogramm der Rede Swidas eingefordert.

Frankreichs Abrüstungshohn.

Paris, 12. Dez. Im „Petit Parisien“ wird die Frage aufgeworfen, ob das Viermächte-Abkommen, das jetzt bezüglich des Stillen Ozeans getroffen wurde nicht unter derselben Form auf Europa und die Entwaffnung zu Lande angewandt werden könne. Was das Washingtoner Abkommen tatsächlich kennzeichne, sei, daß es keinerlei positive Verpflichtungen enthalte. Wenn diese Art einer Entente genüge, um die Rüstungen zu beschränken, so sei es deshalb, weil zwischen den beteiligten Mächten keine Kriegursache mehr bestehe! In Europa sei die Lage jedoch anders. Frankreich sei von Deutschland durch keinen schützenden Ozean getrennt. Bestimmte und zahlreiche Konfliktursachen beständen schon durch die Tatsache, daß Deutschland notwendigerweise mit seiner neuen Lage unzufrieden sei. Frankreich werde sich niemals zu einer Beschränkung der Bewaffnung herbeilassen solange man ihm keine regelrechte Bürgschaft gebe. Im Interesse der amerikanischen Freundschaft müsse diese Angelegenheit europäisch bleiben. Die Franzosen seien einig mit dem Vertreter Frankreichs, indem sie für ihr Land das Recht beanspruchen, nur soweit abzurüsten, als sie es für gut halten!

Die Mahnung des Opfers.

Kurt Franke, ein früherer Funktionär der K. P. D., hat dem „Vorwärts“ aus dem Gefängnis in Heiligenstadt, wo er wegen Beteiligung am Märzaufruhr zur Verbüßung seiner Strafe er war zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt, die zunächst in fünf Jahre Gefängnis umgewandelt sind — tuberkuliert ist, einen erschütternden Brief über die gewissenlose Verbredervollstreckung der K. P. D. ausgeben lassen. Die wesentlichen Stellen dieses Schreibens, um dessen Veröffentlichung der Verfasser auch die N. S. P. Presse bittet, lauten wie folgt:

„Am kommunistischen Organ für Halle a. S., dem „Klassenkampf“, lasen wir Opfer der Märzaktion am 18. November dieses Jahres folgende Worte:

Vom politischen Standpunkt hat das Proletariat kein Interesse an der Freilassung der hungernden Genossen. Ihr Opferdort kann die Brutalität der herrschenden Klassen nur enthüllen und den Haß der Massen gegen ihre Bedrücker bis zur Todfeindschaft steigern.

Also unter Hungertod erscheint diesen „Führern“ als das geeignetste Mittel, die sicher schon wieder källige, von den Moskauer Heberdiktatoren verlangte „Aktion“ in Gang zu bringen! Nicht genug damit, daß wir als die Verführten, mit deren politischem und ehrlichem Idealismus Schwindler getrieben wurde, in den Gefängnissen und Zuchthäusern schmachten müssen und

für die Verbrechen gewissenloser „Führer“ büßen, während diese sich der Freiheit erfreuen, sollte unser Hungertod als neues Hez- und Provokationsmittel zur Aufpeitschung der Arbeiterklasse dienen und den Zusammenbruch der KPD verhindern. Wir politischen Gefangenen bedanken uns aber ein und allemal dafür und werden aus dem Erlebten die Lehre zu ziehen wissen, die für alle Zeiten und davor hiltet, wieder feiglichen Vorparadien zu leisten, die in der Stunde der Gefahr sich rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Nicht deshalb sind wir in den Hungerstreik getreten, um die fällige „Aktion“ oder den verfahrenen Parteikarren der KPD wieder in Gang zu bringen, sondern dieser Verzweiflungskampf war heraufgeboren aus dem Wunsch, unseren Seelenqualen und der bangenden Ungewißheit um das Los unserer Lieben dabeim, die ihres Ernährers beraubt, sich infolge der katastrophalen Wirtschaftsverhältnisse in großer Not befinden, ein Ende zu bereiten. Das angeführte Zitat kennzeichnet treffend den „ernsten Willen“ der KPD, „alles für die Freilassung der Opfer“ ihrer unverantwortlichen Putschpolitik zu tun. Wir politischen Gefangenen haben seit April d. J. die Taktik der KPD in allen wirtschaftlichen und politischen Zeitfragen verfolgt und erkannt, nicht nur, daß durch sie unserer Freilassung nicht gedient ist, sondern auch, daß diese Partei infolge ihrer Phrasen-, Gewalt- und Putschpolitik jedes Anrecht, noch weiterhin als wirkliche proletarische Arbeiterorganisation zu gelten, verloren hat. Die anarchistische Einstellung, die jedem politischen Unstabsgefühl hohnsprechenden Parlamentarismuskonstellationen, die Haltung der kommunistischen Presse, insbesondere der „Roten Fahne“, deren journalistische Hez- und Lügenkunststücke weiter nichts als

eine Schandung der großen Idealisten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

bedeuten, die unter lebhaftem Beifall der Kommunisten abgelehnte Resolution, die die Freilassung der in russischen Kerker schmachtenden Sozialrevolutionäre von der Sowjetregierung verlangt, die gemeine Beschimpfung der proletarischen Arbeiterorganisationen, an deren Solidarität man andererseits appelliert, die phrasenhaften, von akademischen Fremdwörtern strotzenden, von keinem Proletarier verstandenen Anrufe der „Offensivzentrale“ auch nach dem Putsch, sie haben uns die Augen geöffnet. Ist das nicht eine Taktik, deren Tendenz allem anderen eher dient als unserer Befreiung? Muß das alles nicht die maßgebenden Regierungsinstanzen vor einer Amnestierung von Mitgliedern einer solchen Partei zurückschrecken lassen? Die KPD hat jedes Recht, für unsere Freilassung einzutreten und diese zu verlangen, vertritt. Der Öffentlichkeit gegenüber das Anhängsel der „Menschlichkeit“ und des „Mitleids“ mit uns, in Wirklichkeit aber weiter nichts als elende Heuchelei und Ausnützung unserer Verzweiflung zur Parteipropaganda! Man kann sich des Gefühls nicht

